

15.08.2022

Der Deutsche Presserat begrüßt, dass der Bund ihm Mittel für ein breit angelegtes Schulungsprojekt mit der Polizei zur Verfügung stellt.

Unter dem Titel „Schutz der freien Berichterstattung – Rechte und Pflichten von Medien und Polizei“ wird der Presserat gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten an Polizeischulen über die verfassungsmäßig festgelegten Aufgaben der Medien, deren Arbeitsweise und Berufsethik informieren.

„Angesichts von Übergriffen auf Medienschaffende auf Demonstrationen sind wir daran interessiert, mit Einsatzkräften und Pressestellen der Polizei ins Gespräch zu kommen. Wir wollen das Verhältnis von Medien und Polizei praxisnah verbessern, damit Journalistinnen und Journalisten gerade bei Großlagen besser geschützt sind“, so die Sprecherin des Deutschen Presserats Kirsten von Hutten.

Die Schulungen sind eines von insgesamt zehn journalistischen Projekten, die der Bund aus dem Etat für Kultur und Medien unterstützen wird. „Darüber hinaus bekräftigen wir unsere Forderung nach einer substanziellen Erhöhung der jährlichen Bundesmittel für den Deutschen Presserat“, so von Hutten. „Der per Gesetz gewährte Bundeszuschuss muss so angehoben werden, dass die stetig wachsenden Aufgaben der Freiwilligen Selbstkontrolle der Presse weiterhin erfüllt werden können. Damit würde die Pressefreiheit insgesamt gestärkt.“